

Offener Brief der Initiative Zivilcourage und Arbeitsuchender im Bahnhofsviertel

An das Zollamt München
z.H. Herr Luft (FKS, Abteilung Prävention)
auch zur Kenntnisnahme an alle anderen Verantwortlichen bei Polizei und Zoll

München, 6.12.2013

Betreff: Kontrollen bulgarischer Arbeitsuchender im Bahnhofsviertel

Sehr geehrter Herr Luft,

wir haben vor einigen Wochen telefoniert und sie schlugen ein gemeinsames Treffen von Zoll und Initiative Zivilcourage vor. Wir haben ein öffentliches Treffen gemeinsam mit bulgarischen Arbeitnehmer/innen erwogen, uns aber dazu entschieden, dass wir keinen Dialog mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit führen wollen. Wir möchten Ihnen im Folgenden unsere Gründe dafür darlegen. Wir haben uns darüber hinaus dazu entschlossen, diesen Brief als offenen Brief zu formulieren.

Sie sagten, wir sollten uns treffen, um zu reden, denn letztendlich wollten wir doch dasselbe: gegen eine nicht hinnehmbare Situation vorgehen. Wir sind allerdings entschieden der Meinung, dass wir und die an den Kontrollen im Bahnhofsviertel beteiligten Beamt/innen von Zoll und Polizei nicht dasselbe wollen. Denn neben vielen anderen Ungerechtigkeiten wie Lohnbetrug – gegen die wir gemeinsam mit den Betroffenen auch entschieden vorgehen – ist für uns vor allem der alltägliche Rassismus nicht hinnehmbar, der für die Arbeitssuchenden zur Realität gehört. Und wir unterstellen der FKS und der Polizei, trotz aller beschwichtigenden Worte, maßgeblich diese Politik der Ausgrenzung durch Repression umzusetzen. Als Grundlage dient offenbar ein Generalverdacht gegenüber Menschen, die durch racial profiling identifiziert werden.

Wenn sich Ihr Kollege Reinhard in der SZ vom 30.10.13 rühmt, dass aufgrund der Zollkontrollen der letzten Wochen von Anfangs ca. 150 nur noch rund 30 bulgarische Arbeiter/innen im Bahnhofsviertel übrig sind, dann spricht er von einer Politik der Vertreibung. Wir erkennen hier einen Zusammenhang mit der Petition vom August 2013 von Geschäftseinhaber/innen, deren Sprache von unhaltbaren rassistischen und antiziganistischen Vorurteilen und Verallgemeinerungen geprägt ist. Es war dann auch vielsagend, dass bei einem Treffen zwischen den Verfasser/innen der Petition, Zoll, Polizei und dem CSU-MdB Uhl in der Theatergemeinde, bulgarischen Arbeitnehmer/innen sowie Sozialarbeiter/innen die Teilnahme am Gespräch verweigert wurde. Ergebnis des Treffens war laut Uhl (SZ vom 30.8.13): „Durch schärfere Kontrollen sollen die bulgarischen Tagelöhner von der Kreuzung vertrieben werden“.

Nein, wir wollen nicht das Selbe. Für Zoll und Polizei ist das „Problem“ offenbar gelöst, wenn alle bulgarischen Arbeiter/innen aus dem Viertel vertrieben sind. Diese Menschen haben aber das Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und sie sind Teil der Münchner Stadtgesellschaft. Sie arbeiten auf Münchner Baustellen, in Münchner Hotels und für öffentliche Betriebe, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu verdienen. Nach unserer Erfahrung ist der Arbeitsmarkt im Bahnhofsviertel für viele eben nicht, wie oft dargestellt, eine Endstation, sondern vielmehr ein Sprungbrett in abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Unfaire und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse sind nur zu bekämpfen, indem die Arbeiter/innen respektiert und tatkräftig dabei unterstützt werden, ihre Arbeitsrechte durchzusetzen. Einschüchterung, Entwürdigung, vorgebliche Aufklärung im autoritären Stil, Vertreibung und Polizeiübergriffe bewirken das Gegenteil. So helfen Sie den Arbeiter/innen nicht und wenn sie dies behaupten, ist das blanker Hohn.

Symptomatisch erscheint uns die angeblich aufklärende Kontrolle vom 21.10.2013. Eine größere Anzahl von Menschen wurden aufgrund der unterstellten Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zur Kontrolle in einen Hinterhof getrieben und mit grünen Armbändern markiert. Viele Betroffene trugen die Bänder am nächsten Tag noch verunsichert und mit einem Gefühl der Entwürdigung. Es wurde ihnen offenbar nicht kommuniziert, dass sie die Bänder nach der Kontrolle wieder abnehmen durften. Einige berichteten zudem, dass ihnen gesagt wurde, dass sie bis 2014 nicht arbeiten dürften. Nicht kommuniziert wurde, dass sie eine Arbeitsgenehmigung beantragen können oder dass nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland oder nach einem Jahr Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt automatisch eine uneingeschränkte Arbeitsberechtigung besteht. Auch wurde die Möglichkeit der selbstständigen Tätigkeit nicht erwähnt (was als gesamtgesellschaftliche Realität der Unsicherheit nicht ideal ist, aber doch als Recht besteht).

Von zahlreichen Erfahrungen von Polizeikontrollen mit nicht selten einem erschreckendem Maß an autoritärer Willkür wird berichtet. Sie haben in den letzten Wochen nochmal massiv zugenommen. Betroffene berichten von Entwürdigung durch Körperdurchsuchungen auf offener Straße, alle paar Stunden wiederholte Kontrollen derselben Personen, un- oder durch Lappalien begründetes mehrstündiges Festhalten auf Polizeistationen und immer wieder dieselbe wegweisende Handbewegung der Beamt/innen.

Wir bezweifeln, dass Ihr Vorgehen dazu geeignet ist, die Arbeitnehmer/innen in ihren Arbeitsrechten zu stärken und sind auf der anderen Seite davon überzeugt, dass der Versuch die Arbeitnehmer/innen durch Repression aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben nicht erfolgreich sein wird. Wir können Sie nur auffordern, die entwürdigenden Kontrollen zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen

Initiative Zivilcourage & Arbeitsuchende bzw. Arbeitnehmer/innen im Bahnhofsviertel

Kontakt: inizivi@gmx.de